

# Kürzere Öffnungszeiten, weniger Busse

**SPARKOMMISSION** Die Vorschläge liegen vor, nun darf sich die Verwaltung damit befassen.

VON UNSEREM REDAKTIONSMITGLIED **SIMONE BASTIAN**

**Coburg** - Rund 100 Vorschläge, wie sich sparen lässt, hat sich gestern die „Sparkommission“ von Stadtrat und Stadtverwaltung angehört. Neben den Mitgliedern des Finanzsenats, den Fraktionsvorsitzenden gehören dieser Sparkommission auch die Amtsleiter an. Entschieden wurde nichts: Während der Stadtratsferien sollen die Amtsleiter zu den Vorschlägen der beiden Gutacher Achim Poppelreuther (Berlin) und Horst Körner (Herzogenaurach) Stellung nehmen.

Öffentlich informieren wollte Oberbürgermeister Norbert Kastner (SPD) über die Vorschläge gestern noch nicht. Eine Richtung, in die es gehen könnte, zeichnet sich aber schon ab. Kastner spricht von „Standards“, die in Coburg sehr hoch

sein, angefangen von den Öffnungszeiten des Bürgerbüros und der Kfz-Zulassungsstelle bis hin zum Busfahrplan.

Bislang waren das aber Dinge, die niemand in Frage stellte. Kein Wunder, findet Horst Körner: Es sei ganz natürlich, dass in Zeiten guter Einnahmen auch bestimmte Leistungen beschlossen werden. „Jeder normale Kommunalpolitiker ist ja bemüht, seinen Bürgern auch etwas zu bieten.“

Doch streichen fällt schwer. Beispiel Sportvereine: Allein die Tatsache, dass die „Vereinpauschale“ in diesem Jahr erst ausgezahlt wird, wenn es einen genehmigten Haushalt gibt, hat schon etliche Vereinskassierer stöhnen lassen. Denn die Rechnungen für die Trainingsstunden in den städtischen Sporthallen kamen pünktlich. OB Kastner hat schon angedeutet, dass die Vereinsförderung in Zukunft noch mehr als „Leistungen“ gebunden werden. Schon jetzt honoriert die Stadt gezielt die Jugendarbeit der Vereine.

Freilich: Die 30-Millionen-Euro-Lücke, die da derzeit zwischen den Coburger Ausgaben und Einnahmen klafft, würde

mit einer Kürzung der Sportförderung nicht geschlossen. Das Schlimme an dieser Lücke ist außerdem, dass sie keine Sache eines außergewöhnlichen Haushaltsjahres ist. Wenn die Stadt nicht gegensteuert, bleibt es dabei, dass sie rund 30 Millionen Euro pro Jahr mehr ausgibt als sie einnimmt, und das allein im Verwaltungsbereich.

„Aufgabenkritik“ sei erforderlich, sagt Körner: Ist alles, was die Stadtverwaltung tut, auch wirklich erforderlich oder gesetzlich geboten? Und wenn, wird es auf die wirtschaftlich sinnvollste Art erledigt? Andererseits wird den Kommunen von Bund und Land auch viel aufgebürdet. Beim Gedanken ans elektronische Personenstandsregister, das in Bayern bis 2014 eingeführt sein soll, gerät Kastner fast in Rage: Die Standesämter sollen verpflichtet werden, sich ans zentrale Register anzuschließen. „Für mich ein klassischer Fall fürs Konnexitätsprinzip!“ Das besagt: Wer anschafft, zahlt. Nun ist das Konnexitätsprinzip zwar in der bayerischen Verfassung verankert, aber nicht im Grundgesetz. Vom Bund werden aber die An-

derungen des Kinder- und Jugendhilfegesetzes, des Sozialhilfegesetzes und der Regelungen für Hartz-IV-Empfänger beschlossen. Jüngstes Beispiel ist das Betreuungs- und Teilhabegesetz, für dessen Umsetzung etliche Kommunen zusätzliche Stellen geschaffen haben.

Sparen ist das eine, Einnahmen erhöhen das andere. Die städtischen Unternehmen haben in den vergangenen Jahren nichts an „Mutter“ Stadt abführen müssen. Der letzte Jahresgewinn der SÜC von 2,6 Millionen Euro kam komplett in die Rücklage des Unternehmens. Das könnte sich ändern: Wenn zum Beispiel der Busfahrplan ausgedünnt wird, so dass der Verkehrsbetrieb weniger Verlust macht, könnte dieser zusätzliche Teil des Gewinns an die Stadt abgeführt werden.

*„Es ist ganz natürlich, dass in Jahren mit guter Finanzausstattung bestimmte Leistungen aufgelegt werden.“*



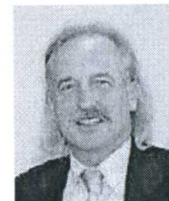
**Horst Körner**  
Berater

## Die Berater

**Horst Körner** kennt die Probleme der Kommunen nicht nur aus Beratersicht. Er ist selbst Stadtratsmitglied (CSU) in Herzogenaurach. Die mittelfränkische Stadt, Sitz von Schaeffler, Puma, Adidas, war weitaus schlimmer von Gewerbesteuerschwankungen gebeutelt als Coburg: „Von 38 Millionen Euro auf Minus vier“, sagt Körner.

**Achim Poppelreuther** hat vor etwa neun Monaten die Stadt Schleswig beraten und ihr eine zu große und zu kompliziert aufgebaute Verwaltung bescheinigt. Inzwischen, sagt er, seien seine Vorschläge umgesetzt. „Das beweist, dass auch in der öffentlichen Verwaltung schnelle Änderungen möglich sind, wenn man das will.“

*„EU, Bund und Länder schaffen Regeln, die dann von den Kommunen umgesetzt und bezahlt werden müssen.“*



**Name**  
Funktion